

„Gigantische Milliarden-Investitionen nötig“

Interview mit Ethikkommissions-Mitglied Alois Glück zum Atomausstieg, Folgen einer Energiewende und zur Durchsetzungskraft der Kanzlerin Traunreut/Berlin. Ein 17-köpfiger „Rat der Weisen“ soll Kanzlerin Angela Merkel helfen, Probleme bei der Atomabkehr zu lösen. Das Gremium wird auch die Folgen eines beschleunigten Atomausstiegs für den Klimaschutz und Stromimporte beleuchten. Mitglied dieser Kommission ist der im Stadtgebiet Traunreut lebende ZdK-Präsident Alois Glück. Lokalredakteur Herbert Reichgruber sprach mit ihm über die Kommission, den Atomausstieg und die Folgen sowie Stärken und Schwächen der Kanzlerin.

Herr Glück, wie wurden Sie Mitglied der Ethikkommission zur Atomkraft?

Alois Glück: Es ist eine Ethikkommission mit der Aufgabenstellung sichere Energieversorgung. Insofern ist der Ausgangspunkt die Situation Kernenergie, aufgeweckt durch Japan. Aber die Aufgabenstellung ist umfangreicher, weil es mit einem einfachen Ausstieg aus der Atomkraft nicht getan ist. Man hat ebenso verantwortlich zu handeln, was die Alternativen betrifft und in welchem Zeitraster diese realisierbar sind. In die Kommission kam ich durch Anfragen der Bundesregierung und des bayerischen Ministerpräsidenten.

Die Mehrheit der Deutschen will den möglichst schnellen Atomausstieg, warum braucht man dann noch eine Ethikkommission?

Glück: Die Aufgabe der Kommission ist nicht nur, Atomkraft zu bewerten. Mit der Geschwindigkeit des Ausstiegs muss auch die Frage nach der weiteren Sicherheit der Energieversorgung beantwortet werden. Kein Bürger will Zeiten der Stromabschaltung, wie es sie in vielen Ländern leider gibt. Dadurch würden alle Kommunikationssysteme, der Verkehr und viele weiteren Errungenschaften des heutigen, modernen Lebens blockiert. Deswegen wird eine Differenzierung wichtig sein. Also es muss dort abgeschaltet oder nicht mehr angeschaltet werden, wo Kernkraftwerke nach heutigem Sicherheitsstandard nicht sicher sind. Dort, wo wir die Kernenergie noch brauchen – und wir werden sie noch einige Zeit brauchen, um die Alternativen zu realisieren – muss der heute mögliche Sicherheitsstandard realisiert werden, und zwar unter dem Aspekt der neuen Erkenntnisse, die durch die Ereignisse in Japan gewonnen wurden. Dann geht es auch um durchaus schwierige Ansätze für die Zukunft, also Ausbau der Leitungsnetze und neue Standorte für Windkraft, Solarenergie, Biogasanlagen und so weiter. Es reicht nicht die starke Motivation dagegen, es braucht durchaus auch eine starke Motivation, die Entscheidungen für die Alternativen zu bejahen und auch durchzustehen.

Sie waren ja ein Gegner der neuen Atompolitik der Bundesregierung im vergangenen Jahr. Wie bewerten sie die Kernkraft?

Glück: Ich habe die Bundesregierung und auch die Bundeskanzlerin direkt vor der Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke gewarnt. Grundfalsch war vor allem die Vorabentscheidung über die Laufzeitverlängerung, bevor ein Gesamtkonzept der Energiepolitik vorgelegen ist. Sehr positiv ist, dass erstmals nach Jahrzehnten eine längerfristig orientierte Energiepolitik verabschiedet worden ist. Denn es gibt zwei

Bereiche in der Politik, die einen sehr langen Zeithorizont und damit über lange Zeit eine entsprechend konsequente Politik erfordern: Das sind die Auswirkungen der demografischen Entwicklung, die wurden auch über Jahrzehnte verdrängt. Und es ist die Energiepolitik. Denn der Umbau der Infrastruktur beim Strom kostet gigantisch viel Geld und dauert 20 Jahre und mehr.

War die Atom-Ausstiegs-Entscheidung der rot-grünen Bundesregierung auch falsch?

Glück: Sie war nicht falsch, aber sie ist, was den Ausbau der Alternativen betrifft, nicht konsequent umgesetzt worden. Es sind damals zu wenig Alternativen ausgebaut worden. Und jetzt wird Atomstrom aus dem Ausland zugekauft. Wir könnten aktuell zwar den nötigen Strom in Deutschland selbst produzieren, müssten dafür aber sämtliche Kohlekraftwerke im Land hochfahren. Aber dann sind wir wieder im Konflikt mit unseren Klima-Zielen. Über alle diese Dinge muss offen und ehrlich geredet werden. Die Energiepolitik hat einen großen Bedarf, dass alle Beteiligten in den Debatten bei den Konsequenzen ehrlicher sind. Es muss auch die Komplexität des Systems dargestellt werden. Allein der Bedarf an Versorgungsnetzen, um die unterschiedlichen regionalen Bedürfnisse auszugleichen, ist hoch anspruchsvoll. Und es wird noch anspruchsvoller werden, wenn wir den Weg gehen – den ich für richtig halte – dass mehr dezentrale Anlagen geschaffen werden, die miteinander vernetzt sind. Aber alleine dafür braucht es in Deutschland rund 3000 Kilometer neue Stromnetze.

Die Menschen haben ja in erster Linie Angst vor oberirdischen Leitungen, kann man die nicht unter der Erde verlegen?

Glück: Alles zu verkabeln ist unbezahlbar, es sei denn, die Menschen akzeptieren, dass der Strompreis sehr, sehr viel höher wird. Der Strompreis ist aber gleichzeitig ein sehr wichtiger Faktor für die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft. Und da geht es am Schluss auch ganz konkret immer um Arbeitsplätze.

Aber Atomstrom wird aktuell doch nur aus dem Ausland zugekauft, weil er einfach günstiger ist. Regiert auch hier nur das Geld?

Glück: Durch das Moratorium in Deutschland ist der Strompreis europaweit bereits gestiegen. Das ist ein normaler Marktmechanismus, dass knapperes Gut teurer wird. Aber billiger als Atomkraftwerke wäre heutzutage der Betrieb abgeschriebener Kohlekraftwerke. Hier muss man letztlich aber abwägen, wie wichtig uns die Klimaziele sind.

Was ist dann für sie die logische Konsequenz?

Glück: Wir müssen so zügig wie möglich die Versorgungsstrukturen so umbauen, dass wir nicht nur auf die ältesten Kernkraftwerke verzichten, sondern dann auch Zug um Zug die anderen Kernkraftwerke abschalten können. Die Atomkraft ist in Deutschland bereits eine Brückentechnologie, denn es sind sich alle im Klaren, dass ein neues Kernkraftwerk in Deutschland nicht realisiert werden könnte. Wir müssen allerdings sehen, dass heute eine sichere Energieversorgung nur durch das europäische Verbundnetzwerk möglich ist. In Deutschland liegt die größte Reserve für regenerative Energiegewinnung in Windkraftanlagen im Norden, draußen auf dem Meer. Die große Frage ist, wie wir die dort gewonnene Energie beispielsweise auch in den Süden des Landes bringen können. Bayern ist dann wieder wie vor dem Bau der Kernkraftwerke bei den Kohlekraftwerken abhängig von einer anderen Region.

Andererseits ist das auch der Weg der gesamten Europäisierung der Verbundnetzwerke. Bei Strom ist dies heute bereits Realität, und deshalb beschäftigt uns in der Kommission auch die Situation, dass alle europäischen Nachbarn, die für die Energieversorgung von Bedeutung sind, eigentlich in der Kernenergie einen anderen Weg gehen als wir. Dies ist aber kein Argument, dass wir so weitermachen müssten wie bisher.

Wird durch den billigen Strom zu wenig Geld in die Forschung neuer Technologien zur effizienteren Erzeugung regenerativer Energie und deren Speicherung investiert?

Glück: Schlüsselproblem beim Strom ist die Speichertechnologie. Hier wird weltweit seit vielen Jahren mit sehr viel Geld geforscht. Schon deshalb, weil die Industrie – zum Beispiel in der Automobilbranche – größtes Interesse an einer effizienten Speichertechnologie hat. Bisher gibt es keine befriedigenden Lösungen, deshalb sind zurzeit Pumpspeicherkraftwerke und ähnliche Technologien bedeutsam. Aber die rufen vor Ort auch immer wieder Probleme hervor. Im Übrigen ist die billigste Form, der Stromproduktion wegen der heutigen Sicherheitsanforderungen nicht ein Atomkraftwerk. Günstiger kann der Strom mit Kohlekraftwerken an der Küste mit importierter Billigkohle produziert werden. Aber das kann nicht der Weg sein, weil wir dann wieder im Konflikt mit den Klimazielen sind. Wichtigstes Thema ist Effizienz. Deshalb kann es auch nicht befriedigend sein, wenn in einer Anlage nur Strom produziert, aber die gleichzeitig erzeugte Wärme nicht genutzt wird. Das ist auch die Problematik bei Biogasanlagen. Die sind hochinteressant, weil sie nicht witterungsabhängig sind wie Solar oder Windkraft. Aber wenn die Wärme nicht genutzt wird, sind Biogasanlagen energiewirtschaftlich nicht sehr günstig. Gleichzeitig stehen Biogasanlagen im Konflikt mit der Nahrungsmittelproduktion. Wir haben den Konflikt schon in der Landwirtschaft wegen der Pachtpreise für Äcker, die nur noch die Energieproduzenten bezahlen können. Noch schlimmer ist es, wenn in anderen Teilen der Welt Regenwald abgeholzt wird, wir Palmöl verheizen, uns darüber freuen, wie energie- und umweltpolitisch optimal das ist, aber gleichzeitig die Augen davor verschließen, mit welcher gefährlichen Entwicklungen dies in anderen Regionen der Welt verbunden ist. Dies alles muss man ehrlich miteinander besprechen und abwägen. Da sind wir dann wieder bei den ethischen Fragen, die damit verbunden sind.

Was wären ihre Idealvorstellungen der künftigen Energieversorgung in Deutschland?

Glück: Langfristig wäre höchstmögliche Effizienz bei geringstmöglicher Umweltbelastung ideal. Also ein möglichst hoher Anteil an regenerativen Energien. Für die Spitzenlast sind Gaskraftwerke vorteilhaft, aber hier müssen wir aufpassen, dass wir nicht zu abhängig von Russland werden. Wir brauchen einen möglichst umfangreichen Energiemix, mit möglichst geringer Umweltbelastung und gesicherter Versorgung zu bezahlbaren Preisen. Aber es werden gigantische Milliarden-Investitionen nötig sein, die wir entweder über den Strompreis oder über Steuern bezahlen müssen. Dieses Geld wird an anderen Stellen fehlen.

Nutzen Sie eigentlich selbst regenerative Energien?

Glück: Ich habe seit 20 Jahren eine thermische Solaranlage auf dem Hausdach. Ökologisch erzeugten Strom kaufe ich nicht, weil die Kontrollierbarkeit der Lieferanten höchst problematisch ist.

Sind die Ereignisse in Japan ein Zeugnis, dass der Mensch immer mehr Dinge erschafft, die er nicht mehr steuern kann?

Glück: Ja, wir sind schon etwas in der Situation des Zauberlehrlings, der die Geister nicht mehr los wird, die er gerufen hat. Das haben wir auch bei der Finanzkrise erlebt. Generell haben wir einen erheblichen Korrekturbedarf. Wir können nicht mehr einfach so weiterleben wie bisher. Ich habe in meinem letzten Buch dargelegt, dass wir eine andere Lebenskultur entwickeln müssen. Die jetzige Entwicklung im Energiebereich bestätigt das dramatisch.

Welche Konsequenzen müssen wir ziehen?

Glück: Erst einmal muss uns die Tatsache klar werden, dass es nicht so weitergehen kann. Ein anschauliches Beispiel ist die Nachrichtenlage vom August 2010. Damals herrschte in einer Woche große Überraschung, dass das Wirtschaftswachstum viel höher als erwartet ist. In der Woche darauf wurde über eine wissenschaftliche Untersuchung berichtet, dass mittlerweile psychische Erkrankungen die häufigste Ursache für Arbeitsunfähigkeit und Frühverrentung sind. Wenn wir dazu die zunehmende Zahl verhaltensauffälliger Kinder und von Burn-out-Syndromen nehmen, ist das ein eindeutiges Zeichen, dass wir einen wachsenden menschlichen Preis bezahlen. Aber dies wird immer noch verdrängt. Die Übernutzung der Erde ist ganz offensichtlich. Und was die wenigsten wahrhaben wollen: Wir erwirtschaften nicht mehr, was unsere Art zu leben kostet. Die verschuldeten öffentlichen Haushalte zeigen das exemplarisch. Der erste Schritt ist deshalb, dass wir diese Tatsachen nicht mehr verdrängen. Erst dann können wir umsteuern.

Auch darum kann es in der Ethikkommission gehen, wie geht es dort weiter?

Glück: Es stehen zwei Klausurtagungen an, von denen die erste an zwei Tagen in der Karwoche ist. Dann folgte eine öffentliche Anhörung vor der zweiten Klausur im Mai. Den Abschlussbericht werden wir am 28. Mai vorstellen.

Sie kennen die Mitglieder der Kommission – ist das ein Gremium, bei dem am Ende auch etwas herauskommt?

Glück: Wir sind gezwungen, dass wir zu einem Ergebnis kommen! Wir können nur Orientierungen geben, aber keine Entscheidungen treffen. Der Personenkreis in der Kommission spiegelt sehr gut die Bandbreite der unterschiedlichen Positionen unserer Gesellschaft wider. Die Vielfalt ist auch wichtig, weil wir einen Energiekonsens in der Gesellschaft brauchen. Auch die Parteien müssen jetzt kapieren, dass sie einen Weg gehen müssen, der nicht mit jeder neuen Bundestagswahl wieder in Frage gestellt wird. Sonst werden die nötigen, gewaltigen Investitionen für einen Wandel mit Kapitalbindungen für Jahrzehnte nicht getätigt – egal, welches Energiekonzept entworfen wird. Die Politik ist jetzt gezwungen, ein Energiekonzept zu entwickeln, das die große Mehrheit der Bevölkerung auch mitträgt. Damit wird man unabhängig von wechselnden politischen Mehrheiten in der Zukunft.

Trauen Sie der Kanzlerin zu, dass sie ernsthaft in der Energiepolitik einen neuen Weg gehen will?

Glück: Da bin ich ganz sicher. Die Kanzlerin war bei der ersten Sitzung zwei Stunden dabei und hat ausdrücklich betont, dass sie keinerlei Einfluss von der Politik haben möchte und dass sie weiß, dass das Ergebnis der Kommission nicht einfach weggewischt werden kann. Es ist ganz eindeutig, dass sie einen Weg sucht, wie in der Gesamtverantwortung, einschließlich weiterer sicherer Energieversorgung, ein möglichst zügiger Ausstieg aus der Kernenergie realisiert werden kann.

Was erwartet dann die Bürger? Steht uns eine Verdopplung des Strompreises bevor, um dies alles zu bezahlen?

Glück: Die Kosten lassen sich so exakt gegenwärtig nicht abschätzen. Aber es sind enorme Milliarden-Investitionen notwendig, insbesondere für den Ausbau des Stromnetzes. Das ist nicht nur extrem teuer, sondern auch mit Konfliktpotenzial verbunden. Wie dies finanziert wird, ob über Stromgebühren oder Steuern, ist eine andere Frage. Das Anliegen ist, aus dem KampftHEMA Energieversorgung ein Zukunftsthema zu machen.